

**53/I/2022 UB Potsdam-Mittelmark**

**Landesweite Aufklärungskampagne zu Unterleibsschmerzen und Endometriose**

**Beschluss:**

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine landesweite Aufklärungskampagne zu der Erkrankung „Endometriose“ umzusetzen.

Jede Form von chronischem und zyklischem Schmerz muss durch die Endometriosebetroffenen und das soziale Umfeld als Warnsignal erkannt und durch Fachärzt\*innen angemessen untersucht und behandelt werden.

Deswegen bedarf es einer landesweiten Aufklärungskampagne zum Themenbereich Menstruationsbeschwerden und Endometriose. Die Umsetzung der Kampagne erfolgt sowohl über die klassischen Werbewege, wie Plakate und Flyer, als auch digital, beispielsweise über die Social Media-Auftritte des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV).

Die Finanzierung der Aufklärungskampagne obliegt dem Land Brandenburg.

**Überweisen an**

Landtagsfraktion

**Stellungnahme(n)**

**gilt es zu diskutieren; Entwicklungen der Bundesebene abwarten**

Die SPD-Fraktion wird dies mit den Vertreterinnen und Vertretern des MSGIV diskutieren. Aufgrund des bereits beschlossenen Brandenburger Doppelhaushaltes 2023/24, wo laut Kenntnis der SPD-Fraktion vom grüngeführten MSGIV keine Mittel für eine entsprechende Kampagne eingestellt wurden, könnte die Forderung nach einer Aufklärungskampagne vom MSGIV negativ beschieden werden. Aufgrund dieses Aspektes, wie v.a. auch der Möglichkeit des Erreichens einer noch breiteren Öffentlichkeit, sieht die SPD-Fraktion die Thematik vor allem auf der Bundesebene angesiedelt. So hat sich der Gesundheitsausschuss des Bundestags erst im März 2023 mit der Endometriose-Thematik (Versorgungsinfrastruktur, Aufklärung, Forschung usw.) beschäftigt. Hier wurden v.a. die Schaffung einer nationalen Endometriose-Strategie sowie der Ausbau und die Stärkung von Endometriose-Zentren in Deutschland diskutiert. So gilt es vorerst für die SPD-Landtagsfraktion, die Entwicklungen auf Bundesebene abzuwarten und sich in regelmäßigen Abständen vom MSGIV und der SPD-Bundestagsfraktion über die Entwicklungen berichten zu lassen.